

Tribüne

# Neue Solidarität zwischen Berg und Tal

Die Berggebiete sind widerstandsfähiger gegen Krisen geworden. Das muss die Schweiz nutzen.

**Paul Messerli und Heike Mayer**

Anfang Jahr hat die Schweiz den zweijährigen Vorsitz der Alpenkonvention übernommen. Seit der Unterzeichnung hatte sie das Präsidium bereits 1999 bis 2000 und 2011 bis 2012 inne. Mit dem erneuten Vorsitz kann sie Akzente setzen und Impulse für den ganzen Alpenraum in einer Zeit geben, wo krisenbedingt Divergenzen zwischen den Alpenländern wieder deutlicher werden.

Das Verhältnis Berg-Tal beruht auf dem Grundkonsens der Solidarität. Zwar wird dieser Grundkonsens in Diskussionen über Abstimmungsergebnisse wie jüngst über den Wolfschutz oder 2012 über die Zweitwohnungsinitiative immer wieder infrage gestellt. Doch die Berggebiete werden von der Schweizer Bevölkerung positiv wahrgenommen: Eine repräsentative Umfrage, die im Herbst 2019 im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft durchgeführt wurde, zeigt, dass sich die Schweizer Bevölkerung ausdrücklich neue Entwicklungschancen für die Berggebiete wünscht. Dieses neue Verhältnis zwischen oben und unten ist nicht aus dem Nichts entstanden. Vielmehr wurde dafür in vielfältiger Weise etwas getan.

Die Politik des Bundes und der Kantone zugunsten der Berggebiete wurde in den vergangenen Jahren strategisch erneuert. Es ist ein Wandel hin zu einer akteur- und standortspezifischen Förderpolitik im Berggebiet erkennbar. So wurde eine Initiative gestartet, die im Rahmen der Neuen Regionalpolitik Pilotprojekte in den Berggebieten fördert. Unterstützt werden innovative Akteure mit unkonventionellen Ansätzen zur Lösung sozialer, wirtschaftlicher und administrativer Probleme. Im Diemtigtal etwa können die Landwirte dank dieser Initiative zusätzliche Rohmilchtanks beschaffen, um die moderne Abfüllanlage in Oey ganzjährig betreiben zu können und so die Wertschöpfung zu erhöhen.

Zudem gibt es tiefgreifende positive Veränderungen in der Gesellschaft weit über das Berggebiet hinaus. Menschen aller Altersgruppen ziehen in den Alpenraum, um dort nicht nur zu leben, sondern auch um dort zu arbeiten oder um unternehmerisch aktiv zu sein. Digitale Nomaden arbeiten dank der guten Infrastruktur nicht nur in der Stadt, sondern auch in entlegenen Dörfern. Diese «New Highlander» bringen Leben in ein Dorf und geben den Berggebieten neue Impulse.

Unsere Berggebiete haben somit in verschiedener Hinsicht mehr Resilienz entwickelt, um mit Krisen umzugehen:

— Dank der positiven Grundhaltung der Schweizer Bevölkerung haben die Berggebiete als Lebens- und Erholungsraum gerade in der Corona-Zeit eine deutliche Aufwertung erfahren.

— Der Zusammenschluss zu grösseren politischen und administrativen Einheiten gibt der Bergbevölkerung neue Perspektiven des sozialen Zusammenlebens und des wirtschaftlichen Überlebens.

— Neue Akteure im Berggebiet geben Impulse zur sozialen und wirtschaftlichen Selbsthilfe und beleben schon fast aufgegebene Peripherien neu.

— Leere Räume werden entdeckt und kulturell aufgewertet: Das Origen-Cultural-Festival in Savognin und Mulegns etwa belebt historische Gebäude neu mit Kulturprojekten.

Und dann ist es die nationale Politik, mit der Berggebietsförderung Akzente gesetzt und den Schritt über eine Solidaritätspolitik hinaus verstärkt hat. Ihr liegt neu ein Gesellschaftsvertrag zugrunde, der die Beziehung zwischen oben und unten, zwischen Tal- und Berggebiet ins Zentrum stellt und auf Partnerschaft setzt.

Für die Rolle der Schweiz als Vorsitzende der Alpenkonvention dürfte diese Feststellung insofern bedeutsam sein, als alle Alpenländer mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind. Neben einer stärkeren Einbindung der Alpenregionen in den nationalen Kontext wird auch die Wiederbelebung der Grundsätze der Alpenkonvention an Bedeutung gewinnen. So gilt es insbesondere, die Treiber eines weiteren quantitativen Wachstums zu beseitigen und auch die Position der Alpenregionen im europäischen Kontext zu stärken.

In der aktuellen Krise zeigt sich, wie schnell diese Grundsätze in den Hintergrund treten, wenn nationale Interessen höher gewichtet werden als gemeinsame. Der Vorsitz der Schweiz müsste ganz explizit auch dazu genutzt werden, dem Thema der gemeinsamen Krisenbewältigung aktuell und längerfristig einen hohen Stellenwert zu geben.

Paul Messerli ist emeritierter Geographieprofessor der Universität Bern. Heike Mayer ist Professorin für Wirtschaftsgeographie an der Universität Bern.